



DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 15987
Donnerstag, 04. Februar 2021

Trilog: Eco-Schemes werden zum Gradmesser für die GAP-Reform	1
FAO-Lebensmittelpreisindex legte im Jänner erneut zu	2
Kartellrecht: US-Präsident Biden will Agrarbusiness verstärkt kontrollieren	3
Zukunftsvision 2040: Schmiedtbauer plädiert für lebenswerte ländliche Regionen	4
Köstinger: 200 Mio. Euro Unterstützung für Renaturierung unserer Bäche und Flüsse	4
Schmuckenschlager und Danninger appellieren an Waldbesucher, geltende Regeln einzuhalten	5
Bundesforste und Umweltdachverband schließen Partnerschaft für Wald der Zukunft	6
Russland: Jänner-Agrarexporte deutlich über dem Vorjahr	8

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Trilog: Eco-Schemes werden zum Gradmesser für die GAP-Reform

Keine Einigung über Anteil an Direktzahlungen in Sicht

Brüssel, 4. Februar 2021 (aiz.info). - Selten sind Trilog-Verhandlungen politisch so angespannt, wie jene über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Die EU-Kommission schiebt nicht nur ihren zuständigen EU-Agrarkommissar **Janusz Wojciechowski** ins Rennen, sie stellt dem Fachkommissar "als Aufpasser" gleich noch EU-Vizekommissionspräsident **Frans Timmermans** zur Seite, der im Trilog dafür sorgen soll, dass der Green Deal erste Spuren in der reformierten GAP hinterlässt. Die Abgeordneten des Europaparlaments versuchen erst gar nicht, ihre internen Streitigkeiten zu verstecken. * * * *

In einer öffentlich ausgetragenen Kontroverse kritisierte Schattenberichtersteller **Martin Häusling** (Grüne) den Verhandlungsleiter im EU-Parlament **Peter Jahr** (CDU). "Jahr lässt zu große Nähe zum Ministerrat erkennen", bemängelte Häusling. Auch **Maria Noichl** nimmt sich kein Blatt vor den Mund. Die Schattenberichterstellerin der Sozialdemokraten wirft Jahr eine "katastrophale" Organisation vor. Das Plenum des EU-Parlaments werde das Ergebnis des Trilogs ablehnen, wenn sich Jahr weiterhin so nach den EU-Mitgliedstaaten richtet, warnte Noichl.

Inhaltlich geht es darum, wie grün die GAP-Reform werden soll, mit welchen Anreizen und Auflagen die Landwirte zu einer umwelt- und klimafreundlicheren Erzeugung gebracht werden und wer die neue Grüne Architektur gestaltet. Mittendrin stehen die Eco-Schemes. Die neuen einjährigen Prämien sollen das heutige Greening ablösen und vor allem ausbauen. Von der EU-Kommission wurden Eco-Schemes 2018 noch als freiwillige Maßnahme den EU-Mitgliedstaaten nahe gelegt. Jetzt geht es um einen verpflichtenden Anteil an den Direktzahlungen zwischen 20 und 30%. Im Laufe der Reformdebatte wandelten sich die Eco-Schemes zum zentralen Gradmesser für den Erfolg der Grünen Architektur. Über die Ausgestaltung der neuen einjährigen Fördermaßnahmen wird im Trilog allenfalls am Rande gesprochen. Schließlich wollen die EU-Mitgliedstaaten die Inhalte der Eco-Schemes in ihren nationalen Strategieplänen selbst gestalten.

Der Ministerrat argumentiert mit dem neuen Liefermodell, nach dem die Umwelt- und Klimaauflagen nicht mehr zentral für die EU vorgeschrieben werden sollen. Die Europaabgeordneten halten dagegen an gemeinsamen Vorgaben für die Eco-Schemes aus Brüssel fest. Sie warnen vor einer Renationalisierung der GAP und vor Wettbewerbsverzerrungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten. Die EU-Kommission steht dazwischen. Sie hat eine Liste mit Vorschlägen für die Eco-Schemes vorgelegt, ganz unverbindlich. Sie reichen von hellgrünen Maßnahmen, wie Zwischenfrüchten oder der Präzisionslandwirtschaft, bis zu dunkelgrünen Anforderungen, wie dem Biolandbau oder der Wiedervernässung von Moorböden.

In Brüssel wird nicht die Ausgestaltung, sondern der Mindestanteil der Eco-Schemes an den Direktzahlungen zum zentralen Politikum. An eine Einigung nahe bei 30% knüpfen die Europaabgeordneten und die EU-Kommission das Gelingen der Reform. Die Agrarminister haben dagegen auf ihrer Videokonferenz in Jänner der portugiesischen Ratspräsidentschaft deutlich gemacht, dass sie im Trilog keinesfalls über die 20% hinausgehen dürfe. (Schluss) mö

FAO-Lebensmittelpreisindex legte im Jänner erneut zu

Deutliche Zuwächse bei Zucker, Getreide und Pflanzenölen

Rom, 4. Februar 2021 (aiz.info). - Die weltweiten Preise für ausgewählte Agrarrohstoffe zeigten im Jänner 2021 nicht nur den achten Monat in Folge nach oben, sondern erreichten auch den höchsten Monatsdurchschnitt seit Juli 2014, berichtete heute die FAO (Erährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen). Demnach lag der FAO-Lebensmittelpreisindex im Jänner bei durchschnittlich 113,3 Punkten und damit 4,7 Punkte oder 4,3% höher als im Dezember 2020. Ausschlaggebend dafür waren deutliche Preiszuwächse bei den Teilindizes Zucker, Getreide und Pflanzenöle. Für Fleisch und Milch wurde ebenso ein Plus registriert, allerdings in einem geringeren Ausmaß. Der FAO-Lebensmittelpreisindex bildet monatliche Preisänderungen eines Korbs international gehandelter Nahrungsmittel ab. * * * *

Der FAO-Getreidepreisindex legte im Jänner um 8,3 Punkte oder 7,1% auf durchschnittlich 124,2 Punkte gegenüber Dezember zu. Dabei handelt es sich um den siebten monatlichen Anstieg in Folge. Das größte globale Preisplus in der Warengruppe gab es mit 11,2% für Mais, was einem Anstieg von 42,3% gegenüber dem Stand vom Jänner 2020 entspricht. Die FAO begründete die Entwicklung mit einem zunehmend weltweit knappen Angebot sowie geringeren als anfangs erwarteten Erntemengen und Vorratsschätzungen in den USA. Auch eine rege Nachfrage aus China, die Trockenheit in Südamerika sowie Exportbeschränkungen in Argentinien trugen zur Aufwärtsbewegung der internationalen Maispreise auf ihren höchsten Stand seit Mitte 2013 bei. Vom Sog nach oben profitierten auch die Notierungen für Gerste, die sich im Jänner um 6,9%, gestützt von einer festeren Nachfrage und verbesserten Notierungen für Mais, Weizen und Sojabohnen, erhöhten. Stabil blieben hingegen die weltweiten Preise für Sorghum. Ein großes Preisplus von 6,8% gab es bei Weizen, das die FAO auf die guten Maisnotierungen, eine rege weltweite Nachfrage und geringere Mengen aus Russland ab der Erhöhung des Exportzolls im März 2021 zurückführte.

Palmölnotierungen auf Achteinhalb-Jahreshoch

Der FAO-Pflanzenölpreisindex kletterte im Jänner um 7,7 Punkte oder 5,8% auf durchschnittlich 138,8 Punkte im Vergleich zum Dezember und damit auf den höchsten Stand seit Mai 2012. Der achte monatliche Anstieg des Index in Folge spiegelte in erster Linie höhere Preise für Palm-, Soja- und Sonnenblumenöl wider. Die internationalen Palmölnotierungen stiegen dabei auf ein Achteinhalb-Jahreshoch, da die Palmölproduktion sowohl in Indonesien als auch in Malaysia aufgrund übermäßiger Niederschläge und, im Fall von Malaysia auch wegen fehlender Arbeitskräfte mit Migrationshintergrund, niedriger ausfiel als erwartet. Zudem legten die internationalen Sojaölpreise den achten aufeinanderfolgenden Monat zu, was die FAO auf geringere Exportmengen und die anhaltenden Streiks in Argentinien zurückführte. Bei Sonnenblumenöl wurde die Preisbewegung nach oben mit weltweit anhaltenden Versorgungsengpässen begründet.

Der FAO-Milchpreisindex betrug im Jänner durchschnittlich 111 Punkte und lag damit 1,7 Punkte oder 1,6% über dem Wert vom Dezember 2020. Dieser achte monatliche Preiszuwachs in Folge ergab ein Plus von 7,1 Punkten oder 6,9% gegenüber dem entsprechenden Wert des Vorjahres. Die verbesserten Notierungen für Butter und Vollmilchpulver wurden von einer regen Nachfrage aus China anlässlich der bevorstehenden Neujahrsfeierlichkeiten und einem saisonal geringeren Exportangebot in Neuseeland untermauert. Auch die Notierungen für Magermilchpulver stiegen aufgrund einer hohen Importnachfrage am Spotmarkt und einer schleppenden Produktion in

Westeuropa. Dagegen rutschten die Preise für Käse von den Höchstständen im Dezember 2020 leicht ab, was die FAO mit geringeren Verkäufen innerhalb Europas und höheren Lagerständen in den USA begründete.

Der FAO-Fleischpreisindex erreichte durchschnittlich 96 Punkte, das ist ein Plus von 0,9 Punkten oder 1% gegenüber Dezember 2020. Auch wenn es sich dabei um den vierten aufeinanderfolgenden monatlichen Anstieg handelt, liegt der Wert dennoch 7,6 Punkte oder 7,3% unter dem entsprechenden Monat des Vorjahres. Die internationalen Preise notierten für alle Fleischarten, aus denen sich der Index zusammensetzt, höher. Dabei gab es für Geflügelfleisch die größten Preiszuwächse - und hier insbesondere für Ware aus Brasilien. Als Gründe dafür nannte die FAO eine weltweit lebhaftere Importnachfrage sowie Exportbeschränkungen wegen Fällen von Geflügelpest in mehreren europäischen Ländern. Die Notierungen für Rind- und Schweinefleisch stiegen trotz umfangreicher Order aus China im Vorfeld der dortigen Neujahrsfeiern bei einem weltweit ausreichenden Angebot nur geringfügig an. Die Preise für Schaffleisch festigten sich zum vierten Mal in Folge, was auf ein knappes Angebot in Ozeanien und eine starke Nachfrage in China zurückzuführen war.

Zuckerpreisindex auf höchstem Stand seit Mai 2017

Der FAO-Zuckerpreisindex lag im Jänner mit durchschnittlich 94,2 Punkten auf dem höchsten Stand seit Mai 2017. Im Vergleich zum Dezember 2020 betrug der Zuwachs 7 Punkte oder 8,1%. Die FAO begründete die Entwicklung hauptsächlich mit Bedenken hinsichtlich geringerer globaler Verfügbarkeiten im Jahr 2020/21 nach verminderten Ernteaussichten in der Europäischen Union, der Russischen Föderation und in Thailand sowie wegen trockenerer Wetterbedingungen in Südamerika. Weitere Unterstützung für die Zuckerpreise gab der jüngste Anstieg der Rohölpreise und die Stärkung des brasilianischen Real gegenüber dem US-Dollar, was sich tendenziell auf die Lieferungen aus Brasilien, dem weltweit größten Zuckerexporteur, auswirkt. Die anhaltend robuste weltweite Importnachfrage nach Zucker stützte die Preise zusätzlich, so die FAO. Allerdings wurde die globale Aufwärtsbewegung durch reichlich Exportware in Indien, durch die Erwartungen einer Rekordernte in dem Land sowie durch eine von der indischen Regierung für die Saison 2020/21 beschlossene Exportsubventionierung etwas begrenzt. (Schluss) hub

Kartellrecht: US-Präsident Biden will Agrarbusiness verstärkt kontrollieren

Arbeitsgruppe soll wieder tätig werden

Washington, 4. Februar 2021 (aiz.info). - In den USA könnten kartellrechtliche Überprüfungen der Agrarindustrie unter der Biden-Administration zunehmen. Tom Vilsack, Bidens Kandidat für die Leitung des US-Agrarministeriums USDA, hatte vorgeschlagen, eine Arbeitsgruppe aus der Obama-Ära wieder einzusetzen, die damals die Konzentration und Marktmacht in den Sektoren Ackerbau und Viehzucht untersucht hatte, berichtet Dow Jones News. * * * *

Eine Möglichkeit könnte sein, dass das USDA stärker mit dem Justizministerium und anderen Bundesbehörden zusammenarbeitet. Die wieder ins Leben gerufene Arbeitsgruppe könnte neue Richtlinien für die Agrarwirtschaft erarbeiten und den Patentschutz für landwirtschaftliche Produkte überdenken. Das USDA hatte sich unter der Ära Obamas bereits dieser Themen angenommen, wurde von der Landwirtschaft aber kritisiert, zu wenig erreicht zu haben. (Schluss)

Zukunftsvision 2040: Schmiedtbauer plädiert für lebenswerte ländliche Regionen

Bäuerliche Familienbetriebe sowie nachhaltige Wirtschaftskreisläufe im Fokus

Brüssel, 4. Februar 2021 (aiz.info). - Die Europaabgeordneten im Agrarausschuss diskutierten heute gemeinsam mit Delegierten des Ausschusses der Regionen über eine Zukunftsvision für ländliche Regionen bis 2040. **Simone Schmiedtbauer**, Agrarsprecherin der ÖVP im Europaparlament, strich dabei die ländlichen Regionen als Rückgrat von Wirtschaft und Gesellschaft hervor. "Es lohnt sich, den ländlichen Raum nicht isoliert zu betrachten, sondern in allen Bereichen der europäischen Politik mitzudenken. "Unverzichtbar für einen lebendigen ländlichen Raum in der Zukunft ist die Aufrechterhaltung einer flächendeckenden Land- und Forstwirtschaft, die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe und deren Vernetzung mit anderen Sektoren genauso wie zeitgemäße Rahmenbedingungen und Infrastruktur", betonte Schmiedtbauer. * * * *

Entscheidend seien die Wertschätzung und ein entsprechend angemessenes Einkommen für die landwirtschaftlichen Familienbetriebe, die zuverlässig qualitativ hochwertige Lebensmittel erzeugen sowie die Landschaft und Umwelt pflegen und damit auch die Basis für naturnahen Tourismus legen. Angemessen wäre laut Schmiedtbauer zumindest eine Annäherung an die Durchschnittseinkommen in den Regionen, während die Einkommen in der Landwirtschaft derzeit nur knapp der Hälfte (47% im Jahr 2017) des EU-Durchschnitts entsprechen. "Dafür müssen wir auf kurze regionale Wertschöpfungs- und Versorgungsketten bauen, das ist gut für die Umwelt, den Klimaschutz und die Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger. Regionalität, Nachhaltigkeit und hohe Standards müssen auch in der öffentlichen Beschaffung eine wichtige Rolle spielen", sagte die Europaabgeordnete. Dazu solle die Bioökonomie forciert werden und eine ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit mit reduzierten fossilen Materialien das Motto sein.

"Schließlich braucht es neben ausreichend Arbeitsplätzen im ländlichen Raum auch zeitgemäße Lebensbedingungen. Der Leitfaden dafür muss sein, dass es die gleichen Chancen gibt wie in der Stadt: Breitband-Internet bis ins letzte Tal ist die Grundlage für Smart Farming, E-Commerce, E-Government und dafür, dass Homeoffice überall möglich wird. Wir brauchen eine flächendeckende, wohnortnahe Gesundheitsversorgung, leistbare und verfügbare Kinderbetreuung, Anschluss an öffentliche Verkehrsnetze oder Zugang zu alternativen Lösungen wie Carsharing und eine umfassende Nahversorgung", skizzierte Schmiedtbauer "die Grundlagen für eine gute Zukunft für die ländlichen Regionen, von der die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft etwas hat." (Schluss)

Köstinger: 200 Mio. Euro Unterstützung für Renaturierung unserer Bäche und Flüsse

Förderpaket für Gemeinden und Wasserverbände zur Ökologisierung von Gewässern

Wien, 4. Februar 2021 (aiz.info). - Ab sofort stehen neue Fördermöglichkeiten für Gemeinden und Wasserverbände zur Verfügung, um ökologische Maßnahmen für Gewässer zu setzen. "Bäche und Flüsse sind die Lebensadern unserer Regionen. Sie sind Lebensraum für Tiere und Pflanzen, Naherholungsräume für uns Menschen und beeinflussen das Klima", sagt Landwirtschaftsministerin

Elisabeth Köstinger, in deren Zuständigkeit Wasser und Gewässerschutz fallen. Gleichzeitig unterliegen die heimischen Flusslandschaften einem hohen Nutzungsdruck. So wurden etwa zur Erweiterung von Siedlungsraum oder für den Hochwasserschutz Flussläufe begradigt oder künstliche Barrieren geschaffen. * * * *

"Jede Gemeinde, die einen Bachlauf renaturieren will, kann ab sofort bis zu 60% der Kosten als Förderung des Bundes beantragen", sagt Köstinger. Für die Sanierung von Flüssen oder stehenden Gewässern stehen die Fördermaßnahmen ebenfalls bereit. Dafür sind 200 Mio. Euro an zusätzlichen Finanzmitteln veranschlagt. Dazu kommen noch weitere Fördermöglichkeiten der Bundesländer. Die dafür notwendigen neuen Förderungsrichtlinien sind mit 1. Februar in Kraft getreten. Auch Wasserverbände und Wassergenossenschaften sind antragsberechtigt und können diese Mittel abrufen.

"Ich hoffe, dass viele Bürgermeister dieses Angebot nützen und die neuen Fördermittel abholen. Investitionen in die Ökologie von Gewässern sind auch Investitionen in die Lebensqualität von Menschen in den Gemeinden. Intakte Naturlandschaften und Gewässer zählen zu den größten Schätzen unseres Landes", so Köstinger. Nähere Informationen zu den neuen Förderrichtlinien stehen auf der Homepage des BMLRT unter www.bmlrt.gv.at/foerderung-gewaesseroekologie-kommunal zur Verfügung.

Schmuckenschlager/Hofinger: Investitionspaket bringt wichtige Impulse für Regionen

ÖVP-Umweltsprecher **Johannes Schmuckenschlager** und ÖVP-Gemeindesprecher **Manfred Hofinger** begrüßen das Förderpaket für Gemeinden und Wasserverbände zur Ökologisierung von Gewässern. "Bundesministerin Köstinger und die gesamte Bundesregierung investieren mit dieser massiven Unterstützung einmal mehr in die ländlichen Regionen und sichern damit die Naherholungsräume für die Menschen in unserem Land", stellen die beiden Nationalratsabgeordneten fest. (Schluss)

Schmuckenschlager und Danninger appellieren an Waldbesucher, geltende Regeln einzuhalten

Aktuell finden Holzernte und Pflegemaßnahmen statt - Hohes Gefahrenpotenzial

St. Pölten, 4. Februar 2021 (aiz.info). - Viele Menschen nutzen den Wald und die Natur, um Erholung zu suchen. Aufgrund der durch den Corona-Lockdown bedingten Einschränkungen bei Freizeitaktivitäten zieht es derzeit noch mehr Erholungsuchende in die heimischen Wälder, wo aktuell Hochsaison für die Holzernte und Pflegemaßnahmen herrscht. Die Holzernte ist eine schwere, gefährliche Arbeit und stellt ein entsprechendes Gefahrenpotenzial für alle Waldbesucher dar, wenn die geltenden Regeln nicht eingehalten werden. Niederösterreichs Tourismus- und Sportlandesrat **Jochen Danninger** und Landwirtschaftskammer (LK) NÖ-Präsident **Johannes Schmuckenschlager** appellieren daher an die Waldbesucher, sich mit der nötigen Umsicht und unter Beachtung der Regeln im Wald aufzuhalten. * * * *

Derzeit sind mehr Wanderer, Skitourengeher, Skifahrer, Schneeschuhwanderer und Langläufer unterwegs als in Vor-Corona-Zeiten. Die Österreicherinnen und Österreicher entdecken die Natur wieder, das ist begrüßenswert, denn frische Luft tut gerade in Zeiten des Lockdowns Körper und

Seele gut. Jedem Waldbesucher muss allerdings bewusst sein, dass der Wald ein wichtiger Arbeitsplatz ist. "Nach vielen Wochen der Ausgangsbeschränkungen fällt vielen von uns die Decke auf den Kopf. Ich verstehe daher jeden, den es in Niederösterreichs wunderschöne Wälder zieht, um dort Sport zu betreiben oder spazieren zu gehen. Aber der Wald ist auch Arbeitsraum für Land- und Forstwirte sowie Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Wir bitten daher, alle Aktivitäten mit viel Bedacht und Verantwortungsbewusstsein, unter Einhaltung der geltenden Regeln und mit dem Wissen zu setzen, dass wir in den heimischen Wäldern nur zu Gast sind", betont Danninger.

"Für viele Waldbesitzer ist der Winter aufgrund der Wetterbedingungen die Hauptsaison der Holzerte und der Pflegemaßnahmen im Wald. Für die Sicherheit aller treffen sie zahlreiche Vorkehrungen. Nicht nur die Waldbesitzer müssen bestimmte Regeln beachten. Es ist auch jeder Erholungssuchende aufgefordert, Hinweise zu beachten, auf Wegen, Routen und Pisten zu bleiben sowie gesetzlich festgelegte Betretungsbeschränkungen einzuhalten", erklärt Schmuckenschlager. Das Schild mit der Aufschrift "Befristetes forstliches Sperrgebiet - Betreten verboten" mit der angeführten Frist der Sperre und dem Zusatzschild "Gefahr durch Waldarbeit" ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass Waldarbeiten durchgeführt werden. Um Unfälle jeglicher Art zu vermeiden, gilt es, Hinweistafeln unbedingt zu beachten und die betroffenen Flächen nicht zu betreten.

Aufforstungsflächen dürfen nicht betreten werden

Nach erfolgter Holznutzung sind die Waldbesitzer verpflichtet, diese Flächen wieder zu bewalden. Diese Verjüngungsflächen sind gesetzlich besonders streng geschützt. Haben die Bäume auf den wieder beziehungsweise neu bewaldeten Flächen eine Höhe von drei Metern noch nicht erreicht, dürfen diese Flächen nicht betreten werden. "Das ist wichtig, um Schäden zu vermeiden und dadurch auch für die kommenden Generationen klimafitte Wälder und eine nachhaltige Waldwirtschaft zu erhalten", so Schmuckenschlager. "Wenn sich jeder Waldbesucher bedachtsam verhält, steht einem erholsamen Erlebnis für körperliches und geistiges Wohlbefinden in Niederösterreichs Wäldern nichts im Wege", ist Danninger überzeugt. (Schluss) - APA OTS 2021-02-04/09:09

Bundesforste und Umweltdachverband schließen Partnerschaft für Wald der Zukunft

Neue Kooperation als "Thinktank" für zukunftsweisende Natur- und Umweltthemen

Wien, 4. Februar 2021 (aiz.info). - Eine Allianz im Sinne der Natur schließen die Österreichischen Bundesforste (ÖBf) als größter Wald- und Naturraumbewirtschafter des Landes und der Umweltdachverband, eine überparteiliche Plattform zum Schutz von Ökosystemen und Artenvielfalt, für insgesamt fünf Jahre. Im Zentrum steht die Erarbeitung gemeinsamer Positionen und Maßnahmen zu den großen Spannungsfeldern zwischen Bewirtschaftung und Schutz der heimischen Waldlandschaften in der Klima- und Biodiversitätskrise. * * * *

"Der Wald ist unser bester Klimaschützer - er speichert Tonnen an Kohlenstoff, sorgt für saubere Luft und liefert uns den nachwachsenden Rohstoff Holz. Gleichzeitig ist aber das Ökosystem durch die Auswirkungen der Erderwärmung selbst zunehmend gefährdet", betont **Rudolf Freidhager**, Vorstand der Bundesforste, die rund 15% der heimischen Wälder betreuen. "Gemeinsam mit anderen Faktoren wirkt sich die Erderwärmung mit Niederschlagsdefiziten, Windwürfen, Schneedruck und Borkenkäferka-lamitäten drastisch auf die Gesundheit der Wälder und die Vielfalt der Arten aus.

Nachhaltige Klimawandelanpassungen in der Waldbewirtschaftung sind deshalb entscheidend", unterstreicht **Gerald Pfiffinger**, Geschäftsführer des Umweltdachverbandes. Die erste gemeinsame Position verabschiedeten die Partner bereits zum "Wald der Zukunft" - weitere zur CO₂-Speicherfunktion bewirtschafteter Wälder oder zur Nutzung des nachwachsenden Rohstoffs Holz im Rahmen der Bioökonomie sollen folgen.

Gemeinsam für den klimafitten Wald der Zukunft

Im Rahmen der Kooperation bekennen sich das Forstunternehmen und die Umweltschutzorganisation zu einem nachhaltig bewirtschafteten und gleichzeitig artenreichen "Wald der Zukunft". Forciert werden sollen Mischwälder mit klimafitten heimischen Baumarten wie etwa Tannen, Lärchen oder Eichen, die sich in der Vergangenheit als wesentlich resilienter gegenüber Umwelteinflüssen erwiesen haben als Monokulturen. Auch der natürliche Baumnachwuchs (Naturverjüngung) soll gefördert und Aufforstungen sollen zurückgenommen werden. "Dafür ist ein Gleichgewicht von Wald und Wild eine wesentliche Voraussetzung. Junge Bäume können nur von selbst nachwachsen, wenn der Wildstand ein für das Ökosystem verträgliches Maß erreicht hat", sagt Freidhager.

Biodiversität als Schlüssel für gesunde Wälder

"Österreichs Wälder weisen europaweit eine einzigartige Vielfalt an Waldtypen und damit eine enorme Biodiversität auf, die es auch in Zeiten der Klimakrise zu erhalten gilt. Feststeht, dass Arten-, Genetik- und Ökosystem-Vielfalt auch im Wirtschaftswald möglich sind - vorausgesetzt, es handelt sich um eine nachhaltige Bewirtschaftung, die neben der Nutzung auch Maßnahmen für den Biodiversitätsschutz integriert. Dabei ist die Qualität eines regional angepassten Naturraummanagements relevant. Alle Maßnahmen eint die Orientierung an natürlichen standortangepassten Waldgesellschaften, die generell widerstandsfähiger gegenüber negativen Einflüssen sind", so Pfiffinger. Das gemeinsame Positionspapier hält ganz klar die Absicht fest, weitere Maßnahmen zum Erhalt und zur Förderung der Artenvielfalt auch im Wirtschaftswald umzusetzen.

Wald der Zukunft als Klimaschützer

"Studien zeigen, dass eine nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder positive Effekte für die CO₂-Bilanz mit sich bringt. Demnach wird sich der österreichische Wald aufgrund des Klimawandels innerhalb der nächsten 30 bis 100 Jahre je nach Bewirtschaftung von einer CO₂-Senke zu einer CO₂-Quelle entwickeln. Der Ersatz fossiler Rohstoffe durch Holzprodukte und die damit vermiedenen Emissionen sind demnach der größte Hebel des Forstsektors für den Klimaschutz", ergänzt Pfiffinger. Voraussetzung dafür sei, dass der Waldumbau in Anbetracht der weltweit steigenden Temperaturen gezielt und konsequent vorangetrieben werde. Die Bundesforste haben bereits damit begonnen, ihre Wälder klimafit zu machen. Für jedes der 120 Forstreviere wurde ein eigenes Zukunftskonzept entwickelt, um die Wälder Schritt für Schritt an die kommenden klimatischen Bedingungen anzupassen. (Schluss)

Russland: Jänner-Agrarexporte deutlich über dem Vorjahr

Absatz vor Ausfuhrzöllen merklich angezogen

Moskau, 4. Februar 2021 (aiz.info). - Die Ausfuhren von Agrar- und Ernährungsgütern aus Russland beliefen sich im vergangenen Jänner auf fast 1,96 Mrd. USD (1,63 Mrd. Euro) und lagen damit um 28% höher als im gleichen Monat 2020. Vor dem Hintergrund der ab Mitte Februar in Kraft tretenden Ausfuhrzölle fielen die Auslandsabsätze von Getreide mit rund 715 Mio. USD (595 Mio. Euro) um 40% umfangreicher aus. Jene von Weizen erhöhten sich mit 636 Mio. USD (529,2 Mio. Euro) sogar um 57%, berichten die Landesmedien unter Berufung auf das dem Landwirtschaftsministerium unterordneten Föderalen Entwicklungszentrum für Agrarexporte. * * * *

Gleichzeitig gingen die Verkäufe von Pflanzenölen an den Außenmärkten um 1% auf gut 322 Mio. USD (268 Mio. Euro) zurück, darunter die von Sonnenblumenöl um 7,5% auf 148 Mio. USD (123,2 Mio. Euro). Der bedeutendste Importeur von Produkten dieser Warengruppen aus Russland blieb im Berichtsmonat China, das die Order um 62% auf zirka 496 Mio. USD (412,7 Mio. Euro) ausbaute; dem folgten die Türkei und die Europäische Union mit rund 288 Mio. USD (239,7 Mio. Euro) beziehungsweise 203 Mio. USD (168,9 Mio. Euro). (Schluss) pom